

# Verhandlungsergebnis bei der Post: Kein Beispiel für den TVÖD!

## Urabstimmung und Streik vorbereiten – für die volle Durchsetzung unserer Forderungen!

Wir sind kraftvoll und mit hoher Motivation in diesjährige Tarifrunde gestartet und haben das Ziel, unsere Forderung nach 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro Lohnplus durchzusetzen. Das ist schlicht und einfach notwendig, damit die enormen Preissteigerungen und die Lohnzurückhaltung der Vergangenheit aufgefangen werden.

Die gute Beteiligung bei den Warnstreiks und die Stimmung unter Kolleginnen und Kollegen zeigen uns, dass wir damit richtig liegen. Das gilt für den öffentlichen Dienst, galt aber auch für die Warnstreiks bei der Deutschen Post, an denen über 100.000 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen hatten. Die vielen Eintritte bei ver.di zeigen, dass ein kämpferisches Angebot von Kolleginnen und Kollegen auch angenommen wird.

Umso unverständlicher ist für uns, dass die ver.di-Tarifkommission bei der Post einem Verhandlungsergebnis zugestimmt hat, das meilenweit von den Forderungen entfernt ist und tabellenwirksam einen Reallohnverlust bedeuten würde. Die lange Laufzeit und die Kompensation einer tabellenwirksamen Reallohnsteigerung durch Einmalzahlungen wurden in den Reden auf Streikkundgebungen von Andrea Koscis und anderen ver.di-Funktionär\*innen noch abgelehnt und mit gemeinsamen Streiks mit den Kolleg\*innen bei der Bahn und im öffentlichen Dienst gedroht. Nun heißt es seitens der ver.di-Führung plötzlich, mehr sei nicht rauszuholen. Aber seit wann ist mit einem Streik nicht mehr rauszuholen als ohne?

Viele Kolleginnen und Kollegen bei der Post sind zurecht wütend über dieses Ergebnis. Nicht wenige kündigen ihren Austritt aus der Gewerkschaft an. Wir sagen: Wir haben keine Alternative zu starken Gewerkschaften und müssen uns in ihnen für einen Kurswechsel hin zu kämpferischer Politik einsetzen.

Wir versichern den Kolleginnen und Kollegen unsere volle Solidarität, sollten sie dieses Ergebnis in der nun anstehenden Urabstimmung ablehnen.

Wir teilen die Einschätzung der EVG-Jugend, die sich ja gerade auch in einer Tarifauseinandersetzung befindet und erklärt hat, dass sie bei einem vergleichbaren Angebot in ihrem Tarifkonflikt zur Ablehnung aufrufen würde.

Deshalb sind wir der Meinung, dass ver.di sich auf allen Ebenen auf Urabstimmung und Erzwingungsstreik bei Bund und Kommunen vorbereiten sollte. Wir wollen für die volle Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen: 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro bei einer Laufzeit von maximal 12 Monaten.

Dazu sollten nun von allen Streikversammlungen und ver.di Gremien Beschlüsse gefasst werden mit einer deutlichen Botschaft an die Verhandlungs- und Tarifkommission: Wir sind streikbereit und wollen keinen faulen Kompromiss akzeptieren! Sollten die Arbeitgeber bei der dritten Verhandlungsrunde ein der Post ähnliches Ergebnis vorlegen, gehört es abgelehnt. Sollten sie dann die Schlichtung anrufen, darf es auch dort keine Zustimmung zu einem Ergebnis unterhalb unserer Forderungen geben. Kein Angebot darf angenommen werden, bevor es nicht in allen Betrieben Streikversammlungen und Abstimmungen gegeben hat. Und jedes dann zur Annahme empfohlene Ergebnis muss in einer Urabstimmung bestätigt werden.

Wir haben genug von Verzicht! Für 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro – weil es uns zusteht!

**Zoom-Veranstaltung am Montag, 20. März 18 Uhr: Wie weiter in den Tarifrunden?**  
Zugangsdaten unter: [www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de) oder unter [info@netzwerk-verdi.de](mailto:info@netzwerk-verdi.de) erfragen

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische

